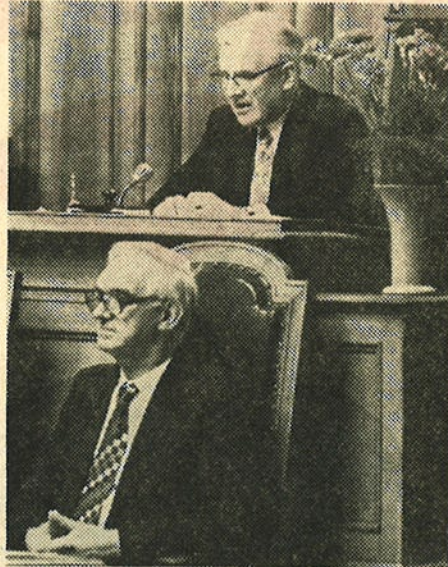


Zweiter Sozialdemokrat seit 1948 an der Spitze des Ständerats — damals war es sein Vater

Wenk glänzend zum Präsidenten gewählt

J. S. Bern. Der Rat klatschte, zwei Weibel beeilten sich, das Präsidiumspult mit zwei Blumenbouquets zu schmücken: Dahinter, im erhöhten Gestühl, hatte sich der Basler Sozialdemokrat Willi Wenk niedergelassen, soeben mit 41 Stimmen zum Präsidenten des Ständerates für das Amtsjahr 1975/76 gewählt. Er dankte gerührt für das Vertrauen. Für Willi Wenk war dieser Augenblick besonders feierlich, denn er ist seit 1948 erst der zweite SP-Standesherr, der in diesem Stuhl Platz nimmt. Der erste war sein Vater, Gustav Wenk, der die ständerrätlichen Geschäfte anno 1948/49 dirigierte.



Mit dem Basler Willi Wenk (oben) wurde erstmals ein Politiker zum «Stöckli»-Präsidenten gewählt, dessen Vater dieses Amt ebenfalls schon innehatte. Vor Wenk sitzt der Aargauer Robert Reimann.

Photo Keystone

Ueblicherweise beginnt im Ständerat das Zeremoniell zu Beginn eines neuen Amtsjahres unter der Regie des abtretenden Präsidenten. Oechslin (SZ, SVP) hatte aber nicht mehr kandidiert, so dass Wenk in seiner Eigenschaft als Vize seines Amtes waltete. Er gedachte kurz des am 7. Oktober während einer Wahlversammlung verstorbenen Kollegen Matthias Eggenberger (SG, SP), dessen Integrität und Sachkenntnisse auf jedermann einen tiefen Eindruck gemacht hätten. Anschliessend hiess er die insgesamt zehn neuen Ratsmitglieder willkommen. Er sagte ihnen, im Kleinen Rat sei es üblich, zuweilen zwar hart, aber stets sachbezogen zu diskutieren, unter stetiger gegenseitiger Achtung. Ohne Zweifel werde sich der «Ring der Kollegialität» sicher bald auch um die Neuen schliessen. Worauf diese den Eid beziehungsweise das Gelöbnis ablegten. Dann dislozierte Wenk auf den Vizepräsidentensessel und übergab für einen Moment alt Präsident Bächtold (SH, FDP) das Zepter: zur Wahl des neuen Vorsitzenden. Sie verlief gut: 42 Stimmzettel wurden verteilt, 42 kamen zurück, einer (Wenks) war leer, gültig demnach '41 — und Willi Wenk gewählt mit 41 Stimmen.

Der Gewählte ist der zweite SP-Ständeratspräsident und der siebente, den der Stand Basel-Stadt stellt. Die Basler, so charakterisierte Wenk seine Landsleute, seien zwar treue Eidgenossen, aber noch mehr würden sie sich doch für die engere

Heimat ihrer Stadt interessieren. Dort seien zuweilen auch die Konservativen recht sozial eingestellt. Jedenfalls aber hätten die Basler geholfen, den «Bund sozialer zu machen». Nun sollte dieser Bund auch noch gerechter werden, wobei er unter anderem auf die Steuerpolitik verwies. Präsident Wenk griff dann das Problem der latenten Vertrauenskrise zwischen Volk und Behörden auf, welche sich in den hohen Stimmbastinzenzen und den zahlreichen hängigen Volksinitiativen manifestiere. Das Problem werde jedenfalls nicht gelöst, wenn man nun einfach die für die Geltendmachung der Volksrechte nötigen Unterschriftenzahlen heraufsetze. Denn die Schwierigkeit liege ja gerade darin, dass «man» nicht mehr gewillt sei, Autoritäten anzuerkennen. Deshalb müsse das Parlament unbedingt für eine Festigung seines Ansehens kämpfen. Er schloss mit dem Appell: «Die Gesetzgebung in der Rezession darf nicht zu einer Rezession der gesetzgebenden Behörden werden.» Anschliessend wurden die weiteren Mitglieder des Büros des Ständerates ge-

wählt: der Thurgauer Hans Munz (FDP), wurde Vizepräsident des Rates, Robert Reimann (AG, CVP) erster Stimmzähler, Fritz Honegger (ZG, FDP) zweiter Stimmzähler und Eduard Amstad (NW, CVP) Ersatzstimmzähler. Alle vier erzielten genau dasselbe Wahlresultat wie Wenk.

Nach diesem feierlichen Teil widmete sich der Rat dann der parlamentarischen Alltagsarbeit. Mit 34 zu 0 Stimmen wurde der Bundesrat ermächtigt, dem Zinsverbilligungsfonds der Weltbank 15 Millionen und jenem des Internationalen Währungsfonds (IWF) zehn Millionen «in Form einer Schenkung» zu überlassen. Anhand dieser Fonds möchten die beiden Institute den von der Oelkrise besonders betroffenen Entwicklungsländern zu günstigen Finanzmitteln verhelfen. Als Folge der hohen Oelpreise sind nämlich deren Zahlungsbilanzen in ein gefährliches Ungleichgewicht hineingerutscht. Sie haben Mangel an Devisen, so dass sie ihre Importbedürfnisse kaum decken und die Entwicklungspläne nur unter sehr schwierigen Bedingungen realisieren können. Verschiedene Sprecher wiesen auch darauf hin, dass diese Zinsverbilligungsaktionen schliesslich auch den Spendern zugute kämen, eröffneten sich doch in den Entwicklungsländern zunehmend wichtige Absatzmärkte.

In zustimmendem Sinne nahm der Rat ferner Kenntnis vom bundesrätlichen Bericht über die Konjunkturmassnahmen. Verschiedene Votanten aus den Jurakantonen skizzierten die miserable Lage der Uhrenindustrie. Bundesrat Brugger versuchte zu beruhigen mit dem Hinweis, eine von ihm eingesetzte Arbeitsgruppe prüfe gegenwärtig verschiedene Möglichkeiten einer Sanierung. Die marktgerechteste Hilfe sei aber ohne Zweifel die Weiterführung des Kampfes gegen die Inflation.

Im weiteren kam der EVD-Chef kurz auf die Tatsache des wieder in Mode gekommenen Sparens zu sprechen. Vom Standpunkt antizyklischer Konjunkturpolitik müsste man eigentlich momentan eher Geld ausgeben. Wenn man ihn aber Frage, was zu tun sei, so sage er: weder Sparwut, noch Konsumwut, sondern ganz normal der Mitte entlang! Das Sparen habe den Vorteil, dass «gutes» Geld — nämlich volkswirtschaftlich wirklich erarbeitetes Geld — für den Wiederaufschwung der Wirtschaft bereitgestellt werde.